

Deutsche Leiden in Südtirol.

23. Dezember 1927

Bei einer großen Kundgebung in Innsbruck schilderten, wie der „Vorwärts“ meldet, Oberlehrer Riedl und Dr. Reut-Nicolussi die Leiden der Deutschen in Südtirol. Dabei erklärte Riedl, daß er bei seiner Verhaftung Ende Januar 1927 gefesselt nach Trient gebracht wurde. Dort wurde er in schwere Ketten gelegt. Er sei durch sieben Gefängnisse immer zusammengekoppelt mit Schwerverbrechern nach Neapel und von dort aus in ein Boot, in dem Morast und Ungeziefer fürchterliche Qualen bereitet hätten, gebracht worden. Im untersten Schiffsraum sei er an einen eisernen Ring angeschmiedet und noch so gefesselt worden, daß jede Bewegung auch jedem der Mitgefangenen Schmerzen bereitet hätten und man nicht einmal die Fliegen und das sonstige Ungeziefer habe abwehren können. So seien zehn Menschen über das Meer transportiert worden.

Als ein venezianischer Kaufmann sich über diese Qualen beschwert habe, sei er abgekoppelt und in einer

eigenen Strafzelle mit 40 Stockhieben traktiert worden. Im Verbannungsorte Altea seien den Internierten die Briefe aus der Heimat vorenthalten worden.

Darauf sprach Dr. Reut-Nicolussi. Er wies darauf hin, daß Abgeordneter Baron Sternbach von Faschiken durch Schläge ins Gesicht fast unkenntlich geworden war. Er sehe den 75jährigen Altbürgermeister Berathoner neben sich blutüberströmt zu Boden sinken, er sehe die Leiche Franz Junehöfers, er sehe Roldin zweimal verhaftet und nun auf die Felseninsel verbannt, weil er deutschen Kindern von Salurn den Christbaum habe aufrichten wollen und in seinem Hause deutschen Unterricht habe erteilen lassen.

Sodann betonte er, daß durch die unmenschlichen Gewaltmethoden der Faschisten die Sache Tirols selbst zur Revision der Friedensverträge angemeldet habe. Die Brennergrenze sei die Wurzel alles Übels. Italien habe sich als unfähig erwiesen, Südtirol zu verwalten.

Der Mecklenburg-Strelitzer Landtag aufgelöst.

23. Dezember 1927

In der gestrigen von allen 35 Abgeordneten und der Regierung besuchten öffentlichen Vollversammlung des Mecklenburg-Strelitzer Landtages, verlas der Landtagspräsident Landrat Dr. Roth eine Erklärung, in der er die Entscheidung des Staatsgerichtshofes vom 17. Dezember bekannt gab und ferner darauf hinwies, daß der Staatsgerichtshof es dem Lande, das heißt seinen zuständigen Organen überlassen habe, aus dem Spruch die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Diese Folgerung könne nur sein, daß durch den Spruch des Staatsgerichtshofes dem Landtag die verfassungsmäßige Grundlage entzogen sei. Wenn auch kein Zweifel darüber bestehe, daß der Landtag, nachdem ihm die verfassungsmäßige Grundlage entzogen sei, irgendwelche rechtsverbindlichen Akte nicht mehr vornehmen könne, so habe er doch zusammenberufen werden müssen, um die Folgerungen aus dem Spruch des Staatsgerichtshofes festzustellen. Durch den Spruch sei dem Landtag die Rechtsgrundlage entzogen worden. Er müsse daher daraus den Schluß ziehen, daß er durch den Spruch des Staatsgerichtshofes sich als aufgelöst zu betrachten habe. Die Arbeit des Landtages sei damit beendet.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Regierungsbildung in Hessen.

Anfang dieser Woche hat eine Fühlungnahme zwischen Sozialdemokraten und Zentrum über die Regierungsbildung in Hessen stattgefunden, die nunmehr durch eine Pause unterbrochen worden ist, da das Zentrum zunächst eine Sitzung des Landesauschusses abhalten will; am 28. Dezember wird dann die sozialdemokratische Fraktion zu dem Beschluß des Zentrums Stellung nehmen. Ob bis dahin die Frage der Regierungsbildung geklärt ist, erscheint jedoch höchst fraglich, zumal der Beschluß des Staatsgerichtshofes über die Gültigkeit der hessischen Landtagswahlen abgewartet werden muß. Der Staatsgerichtshof wird diese Frage frühestens in den ersten Tagen des nächsten Jahres erledigen.

Frankreich im Wahljieber.

23. Dezember 1927

Deutschenhege und unsinnige Behauptungen.

Je näher die französischen Wahlen rücken, um so aufgeregter bewegen sich die französischen Nationalisten. Dies trifft besonders auf das Blatt Millerands, den „Avenir“ zu, der sich in seinem Artikel mit der Demarche des Vorkriegsrats Rieth wegen des Hindenburg-Palats und den Schritt des deutschen Konsuls in Genf gegen das „Journal de Geneve“ und die „La Suisse“ wegen der von diesem Blatt gebrachten Kommentare zur Verhaftung Koethers bzw. eines Interviews von Karl Mertens beschäftigt. Das Blatt stellt dabei die freche Behauptung auf, „die deutsche Diplomatie benimmt sich in Paris genau so unerschämte wie in Genf.“ Das Blatt schließt seine Leinwand für eine Besserung der deutsch-französischen Annäherung bestimmten Ausführungen mit dem Bemerkten, die Franzosen könnten sich über den Mißgriff des deutschen Konsuls in Genf nur freuen, denn dadurch seien den Schweizern die Augen geöffnet worden und auch sie hätten die Gefahr erblickt, die der Schweiz ebenso wie Frankreich drohe, ein Vasallenstaat Deutschlands zu werden. Nur Frankreich könne die Schweizer Neutralität garantieren.

Protest der französischen Vereinigung für den Frieden gegen die Hehmanöver.

Die ständige Delegation der französischen Vereinigung für den Frieden veröffentlicht eine Protesterklärung gegen das Hindenburg-Palat, das alle Freunde des internationalen Friedens empören müsse. Die Diplomaten jedes Landes hätten, so heißt es unter anderem, auf die Erhaltung des Friedens bedacht zu sein und ihre Amtspflicht besonders auf gewisse Umtriebe zu richten, die zur Vermehrung der Mißverständnisse, der Verdächtigungen und der Feindseligkeiten unter den Völkern beitragen.

Erneute Bestrafung Jörn v. Bulachs.

Paris, 23. Dez. Baron Jörn v. Bulach ist zu 15 Tagen und 25 Franken Geldstrafe verurteilt worden, weil er in der „Wahrheit“ eine beleidigende Pressekampagne gegen die französische Gendarmen führte. In dieser Strafe ist die am 5. November dieses Jahres erhaltene Strafe bereits enthalten.

Polnisch-finnisches Zusammenpiel.

23. Dezember 1927

Nach Meldungen aus Moskau hat der Kewaler Sowjetgesandte Petrowitsch Enthüllungen über die Vorbereitungen zur Bildung eines baltischen Staatenbundes unter polnischer Führung gemacht. Man habe in Genf bereits die Grundlage zur Bildung eines starken antisowjetischen Bundes an der Westgrenze Sowjetrußlands gelegt. In diesem Zusammenhang sei nach Angabe Petrowitsch in Genf bereits zwischen Marschall Bilsulski und dem Chef des finnländischen Generalstabes, der nur zu diesem Zwecke nach Genf gereist sei, verhandelt und ein militärisches Abkommen getroffen worden, das eine große Rolle bei der Annäherung zwischen Polen und Finnland spiele. Auch die jetzt getroffene Umgestaltung des finnländischen Kabinetts unter Führung des bisherigen finnländischen Gesandten in Warschau, Protape, der bekanntlich ausgesprochene polenfeindliche Tendenzen habe. Nach der endgültigen Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes, werde in Kürze eine Annäherung zwischen der polnisch-litauischen Gruppe einerseits und der lettlandisch-estländischen andererseits erfolgen.

Um die Durchführung des Eisenchiedspruchs.

23. Dezember 1927

Im Auftrage des Reichsarbeitsministers hat, dem „Vorwärts“ zufolge, der neue Schlichter für Westfalen, Regierungsrat Brisch, die an den Tarifverträgen in der Großeisenindustrie beteiligten Parteien zu Verhandlungen wegen der Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli zum Freitag, dem 23. Dezember, nach Dortmund geladen.

Der deutsche Metallarbeiterverband für Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches in der Großeisenindustrie.

Die gestrige Konferenz der Delegierten und Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiterverbandes und der übrigen beteiligten freien Gewerkschaften des Tarifabkommens der Eisen- und Stahlindustrie Nordwest hat zu der durch die Verbindlichkeitsklärung der beiden Schiedsprüche geschaffenen Lage Stellung genommen. In der Beschluffassung heißt es u. a.: Trotz der starken Gegenwirkung der Vertreter der freien Gewerkschaften seien die Schiedsprüche über Lohn- und Arbeitszeit vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. Daburd sei ein Vertragsverhältnis geschaffen, das die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie mit der größten Erbitterung erfüllen müsse. Nicht nur sei der größte Teil der notwendigen und zeitensprechenden Forderungen der Arbeiter unerfüllt geblieben, sondern auch die Verordnung vom 16. Juli 1927 über die Regelung der Arbeitszeit der Stahl- und Walzwerker, die nach einem einstimmigen Gutachten des Reichswirtschaftsrates zustande kam, sei stark verunstaltet worden. Der in den letzten Tagen bekannt gewordene Beschluß der Arbeitgeber über die Stilllegungsanzeige zeige erneut die Einstellung der Schwerindustrie. Die Konferenz erkenne an, daß ihre Vertreter die seit Jahren aufgestellten gemeinsamen Forderungen mit aller Kraft vertreten hätten. Die Konferenz halte es für selbstverständlich, daß, um Schädigungen einzelner Mitglieder und der Gesamtorganisation zu vermeiden, nur den Anordnungen der freien Gewerkschaften Folge zu leisten sei.

Die Ausgabenwirtschaft der Krankenkassen

war in den letzten Monaten Gegenstand lebhafter Kritik in der Tagespresse. Nach dem jetzt vom Hauptvorstand deutscher Krankenkassen veröffentlichten stenographischen Bericht führte auf dieser Tagung Syndikus Dr. Müller (Köln) (D. Bp.) als Arbeitgebervertreter u. a. folgendes aus: Wenn man eine Politik auf längere Zeit treiben will, so darf man nicht nur für den Augenblick sorgen und darf sich nicht von Umständen, die im Augenblick maßgebend sein mögen, unbedingt beeinflussen lassen... Nun aber eins. Wir haben in unserem Verwaltungsgebäude Einrichtungen geschaffen, von denen wir überzeugt sind, daß sie für unsere Versicherten von größtem Nutzen sein und diesen beträchtliche Vorteile bringen werden, und zwar Vorteile, die sie — das möchte ich besonders hervorheben — nicht bekommen hätten und bekommen würden, wenn wir unser Verwaltungshaus mit den hygienischen und sanitären Einrichtungen nicht gebaut hätten.

Ministerialdirektor Dr. Grieser (Berlin) äußerte sich wie folgt: Bei den Krankenkassen ist ein Versicherungsgut untergebracht, wie es kostbarer nicht gedacht werden kann. Die Krankenkassen gewähren den Unterhalt für rund 240 Millionen Krankentage im Jahre. Die Krankenkassen bilden die größte und leistungsfähigste Spargemeinschaft im Deutschen Reich. Die Krankenversicherung ist eine geistig-sittliche Schule nicht bloß für die Pflege des Sparplans, sondern auch zu einer gesunden, verständigen Lebensführung zur Höherentwicklung, zur Befreiung der Menschenwürde im Arbeiter... Die Arbeit in der Krankenversicherung ist Dienst am Lebensglück der Arbeiter Deutschlands, ist Dienst an der Volksgemeinschaft zum Ausschluß der sozialen und wirtschaftlichen Spannungen in unserem Volkstörper. Die Selbstverwaltung verpflichtet zur Ehrfurcht vor dem Versicherungsgut, zur wirtschaftlichen Verwaltung der Mittel. Wenn die Versicherten selbst den Versicherungsbetrieb wie einen Familienbetrieb auffassen, bei dem jedes Mitglied mitsparen hilft, bei dem kein Mitglied einen Vorteil auf Kosten des anderen sucht, dann wird die Krankenversicherung in Wahrheit eine Einrichtung zur Befreiung der Arbeiter, zur Steigerung ihrer Persönlichkeit, zur Ergänzung und Erhöhung ihres Lebenswertes... Unbeschadet besonderer Würdigung von Einzelheiten — alles Wert ist Menschenwert — spreche ich der Krankenversicherung und ihrer Selbstverwaltung hiermit diese Anerkennung aus. Ich danke insbesondere den Krankenkassenbeamten, die in unverdrossener mühevoller Arbeit Tag für Tag im Dienste der Kranken und leidenden Versicherten arbeiten.

Vor einer neuen Kältewelle?

23. Dezember 1927

Seit gestern morgen hat in Polen eine neue Kälte welle eingekehrt, die sich nach den Wetterberichten in den nächsten Tagen noch verstärken soll. In Krakau wurden gestern 28 Grad Kälte verzeichnet. Im übrigen Polen schwankt die Temperatur zwischen 10 und 14 Grad.

Ueber das Eis von Stralsund nach Rügen.

An der Ostseeküste war in diesen Tagen vermehrte Eisbildung festzustellen. Aus Scharitz wird gemeldet, daß im Laufe des Mittwochs ein heftiger Sturm aufkam. Von See kommende Eischollen blockierten die Küste. Die Binnenschifffahrt vom Stralsunder Hafen aus mußte vollkommen eingestellt werden. Der Eisbrecher der Stadt Stralsund konnte nur noch eine Fahrtrinne nach Palmerort freihalten. Oberhalb der Stadt Stralsund ist der Sund ganz zugefroren, so daß schon ein Personenverkehr über Eis nach Rügen möglich ist. Der Verkehr der Schwedentrajette ist unbehindert.

25 Grad Kälte in Sofia.

Aus Sofia wird gemeldet: Die Kälte hat wieder erheblich zugenommen. Die Temperatur betrug in Sofia 25 Grad unter Null.

Schiffsstrandungen an der holländischen Küste.

An der holländischen Küste herrscht harter Nebel, der die Schifffahrt schwer gefährdet. Der deutsche Dampfer Eidersheim strandete auf der Fahrt nach Rotterdam, konnte jedoch nach einigen Stunden wieder frei kommen und seine Fahrt fortsetzen. Bei Voul van Holland strandete ein holländischer Heringsdampfer. Die Mannschaft hat das Schiff verlassen. Auf allen Küsten herrscht infolge des Tauwetters schwerer Eisgang. Viele Inseln an der holländischen Küste sind seit Tagen von jedem Verkehr abgeschnitten.

Tauwetter und Verkehr.

Die Bahnmeistereien der Reichsbahndirektion Berlin haben einen erhöhten Sicherheitsdienst eingerichtet, um für eine glatte Abwicklung des Verkehrs bei der anhaltenden Glatteisbildung zu sorgen, die sich besonders an den Weidenanlagen und Signalen unangenehm bemerkbar macht. In den Straßen Berlins machte sich das Glatteis gegen Abend, als Regen einsetzte, wieder sehr unangenehm bemerkbar und hatte eine ganze Anzahl von Unfällen zur Folge.

Hilfe für Ostpreußen.

Berlin, 23. Dez. Wie der Demokratische Zeitungs dienst erfährt, dürfen bei der Notstandsaktion für Ostpreußen 17 Millionen auf den preussischen Staat entfallen. Preußen wird außer den Erleichterungen bei den Schulkassen und bei der Grundvermögenssteuer, die es für Ostpreußen trägt, auch Mittel für das landwirtschaftliche Siedlungsweien flüssig machen.

Der Eisenbahnverkehr in Ostschlesien.

23. Dezember 1927

Durch Schneeverwehungen ist im Laufe des gestrigen Nachmittags und der Nacht der Eisenbahnbetrieb in Ostschlesien fast beeinträchtigt worden. Auf der Strecke Görlitz-Dresden sind die Züge 645 zwischen Bauen und Rübisch, 649 zwischen Seitschen und Bauen und 667 zwischen Weidersdorf und Bischofswerda und zwischen Bischofswerda und Demitz-Neudorf geblieben. Es wird ein einseitiger Betrieb aufrechterhalten. Züge fahren auf dieser Linie nicht auf, doch ist mit größeren Verspätungen zu rechnen. Ferner konnten Züge nicht durchgeführt werden zwischen Bischofswerda und Ramentz, Bauen und Großpörsitz, Radebeul und Radeburg, Bauen und Rönigswartha, Rohlühle und Hohnstein, Zittau und Reichenau und Hermsdorf, Dürrensdorf und Reutitz, Dürrensdorf und Weißig-Bühlau und zwischen Geising und Altenberg. Die demokratische Fraktion hat im Landtag eine Anfrage eingebracht, was die Regierung zu tun gedenke, um wenigstens für die Zukunft die glatte Erledigung des Personen- und Güterverkehrs auf der schlesischen Eisenbahn zu sichern, da die jetzigen Zustände die Geschäftswelt schwer schädigen. Der Einheitsverband der Eisenbahner veröffentlicht eine Erklärung, wonach die Hauptschuld an den Verzögerungen den Personalmangel der Reichsbahn trifft.

